



Flagge des am 23. Mai 1863 gegründeten  
Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.  
Das Traditionsbanner der SPD.

Herausgeber:  
SPD Ortsverein  
67112 Mutterstadt  
November 1996

# Geschichte des SPD-Ortsvereins

dokumentiert von Harry Ledig und Volker Schläfer

## 125 Jahre Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein, Sozialdemokratische Arbeiterpartei, Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, Arbeiter-Wahlverein, Sozialdemokratische Partei Deutschlands in Mutterstadt

### Die Entstehung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung

Entstehung und Aufstieg der Arbeiterbewegung und damit einhergehend der Sozialdemokratie waren nicht nur Folge des Kampfes gegen Armut und Ausbeutung, sondern zugleich Ausdruck einer umfassenden Reorganisation der Gesellschaft und hing eng zusammen mit dem sozialen und wirtschaftlichen Wandel Deutschlands im 19. Jahrhundert.

Seit den fünfziger Jahren breiteten sich sowohl ein zu bescheidenem Wohlstand gelangendes Besitzbürgertum, als auch das große „Geldkapital“ aus. In das soziale Bild dieses Jahrhunderts gehörte aber auch das sprunghafte Anwachsen breiter Schichten von abhängigen Lohnarbeitern. Dieser „Vierte Stand“, das „Proletariat“, wie er in der Sprache der Zeit ausgedrückt wurde, war bis auf tastende Versuche noch ohne Organisation geblie-

ben und somit ohne politische Bedeutung für die herrschenden Schichten. Doch das gewachsene Selbstbewußtsein, der mit an vorderster Front bei der Revolution von 1848 kämpfenden Handwerkergehilfen und Arbeiter, ebnete den Weg für die Gründung verschiedenartiger Organisationen. Neben den Anfängen gewerkschaftlicher Zusammenschlüsse fallen in diese Zeit vor allem die Gründung von Arbeiterbildungsvereinen. Hier tauchte auch erstmals die Bezeichnung „Sozialdemokraten“ für die Mitglieder bestimmter Arbeitervereine auf. Die Anrede „Genosse“ (hervorgegangen aus der Gemeinschaftsbildung der Haus- und Hof- und Marktgenossenschaften und den Arbeitsgenossen, den Gesellen), die Sozialdemokraten untereinander gebrauchten, wurde erst 1879 üblich.

Die Gründung des **Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins** (ADAV) in Leipzig und die Wahl von Ferdinand Lassalle zu seinem Präsidenten, brachte dann der Arbeiterbewegung zum ersten Male in ihrer Geschichte einen Zusammenschluß von Dauer.

Für Ferdinand Lassalle hatte das Bürgertum die Ideale der Revolution von 1848 verraten. „Nur keine Revolution von unten, lieber Despotismus von oben, sei der erste Hauptsatz der Partei der Liberalen. Allein der Vierte

Stand sei in der Lage, die Demokratie zu verwirklichen“, schrieb er in seinem „Arbeiterprogramm“ von 1862.

Ferdinand Lassalle, 1825 in Breslau geboren, neigte sich früh dem Sozialismus zu und betätigte sich im Sinne der radikalen Demokratie. 1862 entwickelte er sein „Arbeiterprogramm“. Daraufhin wurde er von einem Komitee zur Einberufung eines „alldeutschen Arbeiterkongresses“ in Leipzig zur Entwicklung eines Programmes aufgefordert und am 23. Mai 1863 zum Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gewählt.

Ferdinand Lassalle war es nur vergönnt, ein Jahr an der Spitze des ADAV zu stehen, er starb am 31. Aug. 1864, aber diese kurze Zeit hatte genügt, um ihn zum Idol vieler Arbeiter werden zu lassen. So dichtete Jakob Audauf in seiner „Arbeiter-Marseillaise“

Nicht zählen wir den Feind,  
Nicht die Gefahren alle  
Der Bahn, der kühnen folgen wir,  
Die uns geführt Lassalle!

Die „Bahn“, die Lassalle gewiesen hatte, zum einen die selbstbewußte und festgefügte Arbeiterpartei, mit Schlagworten wie allgemeines und gleiches Wahlrecht, Ausbeutung und Klassenkampf, zum anderen die These vom „Ehernen Lohngesetz“, endeten später jedoch in einer Sackgasse.

Aber die beispielgebende, erfolgreiche Gründung des ADAV, ermunterte dann auch andere zur Gründung von Arbeiterorganisationen. Denn immer mehr gewannen die Kräfte die Oberhand, die nach einem wirksameren Wahrnehmen der politischen und sozialen Interessen der Arbeiter strebten.



Ferdinand Lassalle, Wilhelm Liebknecht und August Bebel

August Bebel, ein Anhänger lassalleischer Lehre und der überzeugte Republikaner Wilhelm Liebknecht gründeten am 7. August 1869 in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei. In ihrem Programm forderten sie unter anderem die Abschaffung der Klas-

senherrschaft und die Errichtung eines freien Volksstaates, eine gesetzlich geregelte Höchst Arbeitszeit, Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit, allgemeine Schulpflicht, Unabhängigkeit der Gerichte, Ersetzung der indirekten Steuern durch eine progressive Einkommensteuer, Volksscheid und das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht waren weitere Programmpunkte.

Neben dem ADAV war nun mit den „Eisenachern“, wie man die Sozialdemokratische Arbeiterpartei kurz nannte, eine zweite Arbeiterpartei entstanden. Ende der 60er Jahre haben dann auch beide Parteien, der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, um die Arbeiter in unserer Region geworben. Doch der Ausbruch des deutsch-französischen Krieges von 1870 verhinderte vorerst alle Ausbreitungsabsichten.

### Die Geburtsstunde der Sozialdemokratie in Mutterstadt

Die durch den Krieg und die anschließende Reichsgründung ausgelöste nationale Begeisterung währte jedoch nicht lange und wurde bald durch den grauen Alltag abgelöst. Als dann noch im Herbst 1871 in der Pfalz zum ersten Mal ein größerer Streik ausbrach, gab dies der Arbeiterbewegung in der Vorderpfalz wieder neuen Auftrieb.

Am 31. Oktober traten in Oggersheim über 650 Arbeiter der Spinnerei

und Samtfabrik, darunter auch viele dort beschäftigte Mutterstädter, in einen Streik. Die übermäßig lange Arbeitszeit von täglich 15 Stunden war der eigentliche Anlaß zu diesem Ausstand. Infolge dieses Streiks wurde dann Anfang November 1871 in Oggersheim eine Arbeiterversammlung abgehalten, in der die Redner die harten Arbeitsbedingungen kritisierten und zum Beitritt in den ADAV aufforderten, der auch spontan eine ganze Reihe der anwesenden Arbeiter folgten.

Dies war die Geburtsstunde der pfälzischen Sozialdemokratie und es war auch die Geburtsstunde der Mutterstädter Sozialdemokratie, denn bei der Arbeiterschaft der umliegenden Gemeinden, vor allem in denen Arbeiter aus der Spinnerei und Samtfabrik zu Hause waren, hatten diese Ereignisse einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. So auch in Mutterstadt, wo der Schuster Johann Adam Schmalbach bei der Arbeiterschaft politisches Interesse geweckt hatte. Noch im gleichen Winter wurden die ersten Mitglieder in den ADAV aufgenommen, und Johann Adam Schmalbach zum „Beauftragten“ (wie die örtlichen Vorsitzenden sich nannten) gewählt, eine Funktion, die er bis zu seinem Tode im Jahre 1877 ausübte.

Johann Adam Schmalbach wurde 1831 in Orb bei Saarlouis geboren, erlernte in der elterlichen Werkstatt das Schuhmacherhandwerk und ging danach auf Wanderschaft. Sie führte

ab, um für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei zu werben, die auch gleich zur ersten pfälzischen Gründung der Eisenacher führte.

Als mit der Bildung der **Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands** auf dem „Vereinigungsparteitag“ vom 23. bis 27. Mai 1875 in Gotha der gerade bei den einfachen Parteimitgliedern schon lange herbeigesehnte Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien erfolgte, begann eine neue Etappe nicht nur für die deutsche Arbeiterbewegung, sondern auch für die pfälzische Sozialdemokratie. Neben Franz Josef Ehrhart kam nun vor allem auch August Dreesbach in die Pfalz.

August Dreesbach, 1844 in Düsseldorf geboren, trat 1868 dem ADAV bei, wo man sofort seine große Begabung erkannte und ihn als Agitator anstellte. 1876 wurde er von der Parteiführung mit dem Aufbau der Partei in Baden und der Pfalz beauftragt. Mit ihm begann der große Aufschwung der pfälzischen Sozialdemokratie.

Bei der Reichstagswahl 1877 kandidierte er in den Wahlkreisen Speyer und Neustadt. Die sozialdemokratische Agitation erreichte Anfang 1877 ihren Höhepunkt. Am 5. Januar fand in Mutterstadt eine gutbesuchte Wahlversammlung mit Dreesbach als Redner statt. Als Versammlungsleiter fungierte der Metzgermeister Isaak Löb und als Schnifführer der Lehrer Jakob Häberlein. Die Versammlung wurde jedoch

durch den Mutterstadter Bürgermeister vorzeitig aufgelöst, da er durch einige Zwischenrufe die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet sah. Trotz massiver Behinderung durch die Behörden wurde die Wahl für die Sozialdemokraten in der Pfalz ein Erfolg. August Dreesbach errang im Wahlkreis Speyer 9,77% der Stimmen. Die Wahlen endeten zwar mit einer überwältigenden Mehrheit für die Nationalliberalen, doch durch den vielversprechenden Ausgang für Dreesbach ging man ermutigt an den weiteren Ausbau der Partei in der Pfalz.

Doch die Entwicklung hatte sich gegen die Sozialdemokratie gerichtet.

### **Die Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz**

Nach der Reichstagswahl vom Januar 1877 ging es im Reich um den Kampf gegen die Sozialdemokratie, bei dem sich Nationalliberale, Konservative und Zentrum in gemeinsamer Ablehnung zusammenfanden. Am 19. Oktober 1878 beschloß der Reichstag das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, kurz „Sozialistengesetz“ genannt. Es verhinderte jede politische Betätigung der Sozialdemokraten, nicht jedoch die Beteiligung an Wahlen und Parlamentsarbeit. Zwar drohten beim Verstoß gegen das Versammlungs- und Organisationsverbot drakonische Strafen, so stand zum Beispiel ab Oktober 1878 am Schwarzen Brett

vieler pfälzischer Betriebe angeschlagen, daß alle Arbeiter, die sozialdemokratischen Vereinen angehören und nicht unverzüglich austreten, sofort entlassen werden, doch der Bismarckstaat hat mit diesem innenpolitischen Präventivkrieg die sozialdemokratischen Bestrebungen nicht ersticken können. Statt dessen wuchs die in die Illegalität gedrängte Partei an der Wahlurne von Wahl zu Wahl.

So konnte August Bebel, nach dem Ende des Sozialistengesetzes, 1890 voller Stolz verkünden, daß die Sozialdemokratie zur stärksten Partei Deutschlands geworden ist. Die Entwicklung in der Pfalz verlief ähnlich.

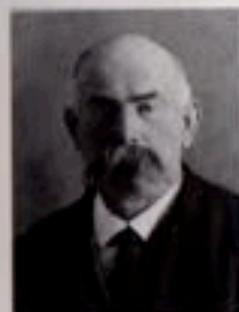
Auch hier waren die wertvollsten Stützen der Partei, während der Gültigkeit des Sozialistengesetzes, die örtlichen Verwaltungsstellen der schnell gebildeten Kranken- und Sterbekassen der einzelnen Gewerkschaften und die **Arbeiter-Wahlvereine**. Die Hilfskassen wurden immer mehr der Mittelpunkt geheimer lokaler Organisationen. Sie wurden von Sozialdemokraten verwaltet und ihre Mitglieder gehörten vorwiegend der sozialistischen Bewegung an. In der gleichen Richtung arbeiteten die Wahlvereine.

Auch in Mutterstadt kennen wir aus dieser Zeit solche Organisationen.

Im Vereinsregister von 1884 wurde ein Arbeiter-Wahlverein eingetragen, dessen Zweck es war, bei Reichstags-, Landtags- und Gemeindevahlen

Wähler zusammenzusuchen und in die betreffenden Gesetzgebungs- und Verwaltungskörper zu wählen. Der Vorstandschef gehörten an: Johann Müller, Heinrich Hartmann, Adam Illig, Daniel Christmann, Michael Mohr sowie Andreas Wessa und Adam Kleppes. Ebenso war in Mutterstadt eine Filiale des „Central-Kranken- und Sterbekassenvereins der Tischler und verwandter Berufsgenossen Deutschlands“, deren Versammlungen des öfteren sogar polizeilich überwacht wurden. Vorsitzender dieser örtlichen Filiale war der Fabrik Schlosser Peter Magin.

Eine weitere Möglichkeit zur Verbreitung sozialdemokratischer Ideen war die illegale Verteilung von Zeitungen, hauptsächlich der in London gedruckten „Freiheit“, an deren Gründung Franz Josef Ehrhart maßgeblich beteiligt war, und der ab 1879 in Zürich erscheinende „Sozialdemokrat“.



Jakob Philipp Weber

Wegen illegaler Verbreitung sozialdemokratischer Druckschriften wurden 1884 die beiden Mutterstädter Sozialdemokraten Johann Weber und Ja-

kob Philipp Weber durch die Strafkammer des Amtsgerichts Ludwigs-hafen mit 14 Tagen Gefängnis beziehungsweise drei Tagen Haft bestraft.

### Der Ausbau nach dem Erfurter Parteitag von 1891 bis zum Ersten Weltkrieg

Als der Reichstag 1890 das Sozialistengesetz nicht mehr verlängerte, ging man an den Neuaufbau der Partei. Auf dem Erfurter Parteitag 1891 nahm die deutsche Sozialdemokratie nicht nur einen neuen Namen, **Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)** an, sondern gab sich auch ein neues Programm. Dieses „Erfurter Programm“ bestand aus zwei sich deutlich voneinander abhebenden Teilen: einen ersten „theoretischen“ Teil und einen zweiten „praktisch-politischen“ Teil. Der zweite Teil erhebt Forderungen zur Demokratisierung des Staates und der Gesellschaft sowie zur sozialen Besserstellung der Arbeiterschaft. Neben dem allgemeinen und gleichen Verhältnisswahlrecht für alle Parlamente, verlangt das Programm unter anderem auch Selbstverwaltung auf allen staatlichen Ebenen, Gleichstellung der Frauen, Weltlichkeit der Schulen, Einführung von Arbeitsämtern.

Auffallend am Erfurter Programm war das Fehlen jeder Aussage zur staatlichen Ordnung. Allerdings war es im Kaiserreich nicht ungefährlich, die „demokratische Republik“ zu fordern, ohne in den Verruf des Umsturzes zu kommen

und der Staatsmacht damit eine Handhabe zum Eingreifen zu geben. Denn auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes blieb die Diskriminierung der Sozialdemokratie weiter bestehen, noch galt das Vereinsgesetz von 1850, noch waren Prozesse wegen Majestätsbeleidigung an der Tagesordnung.

So wurde noch bis 1898, aufgrund des Vereinsgesetzes, den Mutterstädter Sozialdemokraten in manchen Jahren die Abhaltung ihres Waldfestes verboten, ebenso die Feier zum 1. Mai.

Ab 1893 wurde die pfälzische SPD immer mehr von der Bindung an Baden und Mannheim gelöst und in eine gesamt-bayerische Parteiorganisation eingebunden, mit dem Endziel, die Rheinpfalz zu einem der drei Gouvernements der bayerischen SPD mit der Parteizentrale in Ludwigshafen unter der Leitung von Franz Josef Ehrhart zu machen.

Auch die Frage eines eigenen Presseorgans wurde wieder aufgegriffen. Ab 1894 erschien die „Pfälzische Post“ als offizielles Organ der Pfläzter SPD, anfänglich noch mit dem „Volksblatt“ redaktionell verbunden, später in Ludwigshafen selbständig.

Auch auf Ortsvereinsebene ging man nach dem Fall des Sozialistengesetzes an den weiteren Ausbau der Partei.

In Mutterstadt meldete der Vorstand des Arbeiterwahlvereines, der Wirt Johann Müller, mit Schreiben vom 17. Juli 1891 bei der Gemeindeverwaltung

ihn durch den ganzen süddeutschen Raum bis in die Schweiz, dabei kam er mit den katholischen Gesellenvereinen (Schmalbach war Katholik), wie auch mit den frühen gewerkschaftlichen Zusammenschlüssen in Verbindung. 1856 ist er nach Mutterstadt gekommen, wo er mit dem Mutterstadter Johannes Heinrich zusammen in der damaligen Rheinstraße (später Speyerer Straße 59) das Schuhmacherhandwerk ausübte. Diese Schusterstube können wir als die eigentliche Keimzelle der Mutterstadter Sozialdemokratie bezeichnen. Hier wurde politisiert, hier gingen die späteren Sozialdemokraten wie Jakob Hörstel, Daniel Christmann, Adam Illig, Peter Graf, Johannes Weber, Johann Müller und andere ein und aus.

Zu Beginn des Jahres 1872 wurden dann in Mutterstadt Arbeiterversammlungen einberufen, um für die noch kleine Gruppe am Ort zu werben. Mit

großem Erfolg, wie wir dem „Ludwigshafener Anzeiger“ vom 15. und 28. März 1882 entnehmen können. Auch der in Berlin erscheinende „Neue Sozialdemokrat“, das offizielle Organ des ADAV, berichtete Anfang 1872 von einer „Ausbreitungswelle in der Pfalz“, denn außer in Oggersheim und Mutterstadt wurden noch im gleichen Winter in Ludwigshafen und Frankenthal Mitgliedschaften im ADAV gegründet.

Auf dem Parteitag des ADAV vom 22. – 25. Mai 1872 in Berlin konnte der Delegierte Fleischmann schon 80 Mitglieder aus den genannten Ortvereinen vertreten.

Zur Unterstützung von in Not geratenen Streikenden wurden damals auch in einer Volksversammlung der Mutterstadter Sozialdemokraten, von den Delegierten des ADAV, Karl Frohme aus Hannover und G. W. Hartmann aus Hamburg, Gelder für die notleidenden

Arbeiter gesammelt, was zu einem erheblichen Wirbel in den „liberalen Tageszeitungen“ führte.

## Die weitere Entwicklung der Sozialdemokratie im Reich und in der Pfalz

Ende des Jahres 1872 war der ADAV in 6 Orten der Vorderpfalz mit Organisationen vertreten, und hatte sich damit eine gute Ausgangsposition geschaffen, um den auf dem Berliner Parteitag verabschiedeten Beschluß, „den Main zu überbrücken und den süddeutschen Brüdern die Hand zu reichen“, auch durchführen zu können.

Die Erfolge der Lassalleaner veranlaßten nun auch die Eisenacher, sich vermehrt der Pfalz anzunehmen. Mit dieser Aufgabe wurde der noch junge Franz Josef Ehrhart betraut, der sich dazu in Mannheim niederließ. Ehrhart hielt im März 1873 in Kaiserslautern erstmals eine Versammlung in der Pfalz

### Volks- und Pflanzliche Nachrichten.

Mutterstadt, 11. März. Dohier tagte gestern eine Arbeiterversammlung, welche eine so große Beteiligung auch von Nichtarbeitern fand; daß der sehr geräumige Saal beinahe zu eng war. Als Hauptredner trat ein junger Mann aus Ludwigshafen, der sich selbst Arbeiter in der Wagnersfabrik sein ließ, auf. Dessen Rede bewegte sich in sozialdemokratischen Sphäre und mit dem bekannten Schlagwort über Unterdrückung der Arbeiter Weltens der Bourgeoisie u. s. w. Am Schluß gestellte eine Liste zur Einzelnennung als Vereinsmitglieder, welche jedoch nicht viele Namen aufzuzählen haben ließ, da die meisten Arbeiter sich die Sache doch noch besser überlegen wollten. Nachdem ein Komite gewählt worden war, wurde für die nächste Zeit eine zweite Versammlung in Aussicht gestellt.

Mutterstadt, 25. März. Gestern Nachmittag fand dohier eine zweite Versammlung des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins statt, wozu man sich einige begeisterte Kandidaten aus Ludwigshafen, Speyer und Kaiserslautern verschrieben hatte. Es ist zu erwarten, daß diese Versammlung, auf nicht ungewöhnliche Weise die Arbeiter gegen die herrschende Klasse aufzuklären und Aufzuredenheit mit anderer ganzem heutzutage Ordnung nach zu rufen. Als vorläufiges Ziel der Bestrebungen des Vereins wurde vorgeschlagen „Männer des Volks“ in die Gemeinderäte, in den Landtag und Reichstag zu wählen, um so eine Besserung der Gesetzgebung zu erwirken, wobei man nicht verhehlt, daß wenn dieser friedliche Weg des Ausgleichs nicht fruchtbar, im nicht allzu ferne Zeit an die Schwärze des Schwertes appelliert werden müsse. Weichen dieser vorantige Kämpfungen haben, wird die Zukunft lehren.

**Einladung**  
zu der  
**heute Nachmittag 3 Uhr**  
im Saale des Herrn Wilhelm Krenner  
(Saal Adler)  
Sitznahme

## Volksversammlung

Zu berathen soll die Frage der neuen Parteinbildung besprochen werden.

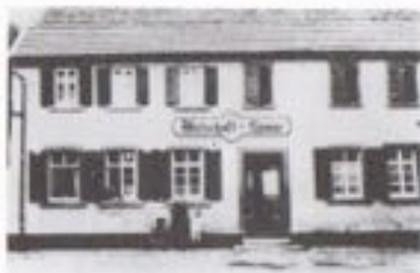
Es wird bei dieser Gelegenheit die Frage des Bauern- und Arbeiterverbandes zur Besprechung kommen, und wird behufs Besprechung gebeten, sich zahlreich zu zeigen, um den Zweck zu erreichen.

Die Karte befindet sich  
im Saale des Herrn  
**Joh. Müller.**

"Der Neue Arbeiter"

für jeden zweiten Sonntag im Monat eine Versammlung an. Am 9. April 1893 befaßte sich der Arbeiterwahlverein in einer Volksversammlung mit der Frage der „Neuen Parteibildung“ (gemeint war die Umwandlung des Wahlvereins in einen „Sozialdemokratischen Verein“). Die Parteimitglieder bekannten sich nun offen zu ihrer Partei. Dadurch stieg auch die Anzahl der Mitglieder. 1898 zählte der Sozialdemokratische Verein Mutterstadt bereits 65 Mitglieder und war damit einer der größten in den Landgemeinden der Pfalz.

Beim „Sonnenwirt“ Johann Müller, im Ort allgemein als der „Soze-Müller“ bekannt, und in einigen anderen Ar-



beiter-Gastwirtschaften, die von Arbeitern im Nebenerwerb oder deren Frauen betrieben wurden, trafen sich die Arbeiter, diskutierten ihre schlechten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse und beratschlagten, wie hier Abhilfe

**Sozialdem. Verein Mutterstadt.**  
Montag, den 1. Mai, Abends 8 Uhr  
im Saale zum Adler

## Mai-Feier.

Großes Concert mit theatralischer Aufführung  
und Bräutigamsfesten.

Festredner von Herrn Fr. Schöb von Frankenthal.  
Die jährliche Mitgliedsliste wird  
zu Vertheilung gebracht.

Der Vorstand.

Anzeige in der „Pfälzischen Post“  
vom 29. April 1899

geschaffen werden könnte. Mit besonderem Nachdruck wandten sich die Mitglieder der Partei der Arbeit in den Kommunalparlamenten zu. Hier gehen die Einrichtung lokaler Arbeitsnachweise und örtlicher Erwerbslosenunterstützung ebenso auf sozialdemokratische Forderungen zurück, wie andersorts Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Das allmähliche Hineinwachsen der Sozialdemokraten in den Staat des Kaiserreiches geht daher

hauptsächlich auf die Mitarbeit in den örtlichen Gemeinderäten und der Tätigkeit in der Verwaltungs- und Vertretungskörperschaft der Arbeiterversicherungen zurück. Ob allerdings der Einfluß der Mutterstadter Sozialdemokraten auf die örtliche Kommunalpolitik wirklich schon so groß war wie Heinrich Lützel bemerkte, darf für die damalige Zeit bezweifelt werden. Der Mutterstadter Gemeinderat befaßte sich jedenfalls im Mai 1885 mit der Behauptung des Lehrers Lützel: „Es sei dahier die allgemeine Ansicht, daß Juden in Verbindung mit den Sozialdemokraten bei der jüngsten Gemeinderatswahl die Oberhand gewannen.“ Der Gemeinderat protestierte gegen diese Aussage und sah darin eine „Ehrenkränkung und Beleidigung, da im vorliegenden Falle angenommen werden könne, der Gemeinderat müsse auf diese (Gruppen) gleichsam gewisse Rücksichten nehmen“.

Die Zeit nach dem Erfurter Programm wurde innerhalb der SPD jedoch nicht nur von „praktischer Politik“ sondern auch von „theoretischem Streit“ geprägt. Trotz der Warnung Bebels, sich nicht in „Kleinarbeit“ zu verzeiteln, bekämpften sich die Vertreter der „Reformpolitik“ um Eduard Bernstein und die Vertreter der „streng-marxistischen Linie“, vertreten vor allem von Karl Kautzky, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Die bayerischen Vertreter standen, allen voran Karl Grillenberger, Georg von Vollmar und Franz Josef Ehr-

hart, in diesem sogenannten „Revisionsstreit“ auf der Seite der praktischen Reformpolitik, denn frühzeitig hatte der Realpolitiker Erhart erkannt, daß nur ein Zusammengehen mit dem Zentrum die erdrückende Mehrheit der Nationalliberalen in der Pfalz brechen konnte, und dies wurde in Berlin, und dort namentlich von den Vertretern des Marxismus, abgelehnt. „Kuhhandel“ war noch eines der vornehmsten Wörter, mit denen das Wahlbündnis von SPD und Zentrum bei der Bayerischen Landtagswahl 1899 auf dem Parteitag in Hannover bezeichnet worden war, und das spöttisch gemeinte Wort von der „königlich-bayerischen Sozialdemokratie“ nahm seinen Anfang.

Auf diese Landtagswahl hatte sich die plätzische SPD gut vorbereitet, schon auf dem Frankenthaler Parteitag vom 4. September 1898 wurden die ersten Beschlüsse gefaßt. Die Hauptforderung war die Beseitigung des veralteten, indirekten Landtagswahlrechts und seine Ersetzung durch ein allgemeines und direktes Wahlrecht. Da das alte Wahlrecht für das Zentrum genauso ungünstig war wie für die SPD, war es nur allzu verständlich, daß die beiden Parteien den Weg zueinander fanden.

Der Wahlkampf selbst fand seinen Höhepunkt und Abschluß mit Reden des Vorsitzenden der bayerischen SPD, Georg von Vollmar, in mehreren Orten der Pfalz, wo er auch am Sonntag, den 2. Juli, auf einer Volksversammlung

in Mutterstadt vor mehreren hundert Zuhörern sprach.

Die Wahl wurde für die plätzische SPD ein großer Erfolg. Für sie zogen die Abgeordneten Franz Josef Ehrhart, Josef Huber und Philipp Keidel in den

Bayerischen Landtag ein. Damit war ein erster Einbruch in die jahrzehntelange Vorherrschaft der Nationalliberalen in der Pfalz gelungen.

Die SPD war nun im Reich und in den Ländern zur stärksten reformerischen

**Achtung!**

**Achtung!**

**Landtagswahl!**

**Volks-Versammlungen**

finden statt:

**Zu Frankenthal**

am Samstag, den 1. Juli, Abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, in der unteren Restauration und den Gartenlokalitäten des Hotels Griesinger (Speyererstraße).

**Zu Mutterstadt**

am Sonntag Nachmittag 3 Uhr im Schulhof.

**Zu Speyer**

am Montag Abend 8<sup>1/2</sup> Uhr in der Schwarzhölzer Concerthalle.

Tagesordnung:

**Die Thätigkeit des bayerischen Landtags und die bevorstehenden Landtagswahlen.**

Referent:

Reichs- und Landtagsabg. **Georg v. Vollmar.**

Zu diesen Versammlungen ist Jedermann, besonders auch unsere Genossen, herzlich eingeladen. — Freie Diskussion.

Die Einberufer:

**G. Metz. J. Müller. J. Starnz.**



SPD-Landtagsfraktion mit hinten v.l.n.r. Philipp Keidel, Adolf Müller, Franz Josef Ehrhart, Johann Merkel, Georg Birk, Dr. Sigmund von Haller, Franz Schmitt, Josef Huber. Vorne v.l.n.r. Martin Segitz, Georg von Vollmar, Gabriel Löwenstein.

Kraft und damit zur Gefahr für die herrschenden Kreise im kaiserlichen Deutschland geworden. Sie fürchteten die Möglichkeit einer zukünftigen sozialdemokratischen Reichstagsmehrheit und einen daran anschließenden revolutionären Umsturz. Die folgenden Jahre stehen daher abermals im Zeichen des Kampfes gegen die Sozialdemokratie und die in ihr organisierten Arbeiter; man debattierte im Reichstag sogar wieder über ein neues Sozialstengengesetz, mit dem den Sozialdemokraten das aktive und passive Wahlrecht genommen werden sollte. Das ganze gipfelte in den sogenannten „Staatsstreichsplänen“ Kaiser Wilhelms II und seinen Bemerkungen nach dem Fall der „Umsturzvorlage“: „Es bleibt uns somit nur die Feuerspritze für ge-

wöhnlich und Kartätschen für die letzte Instanz.“ Auch das Wort von den „vaterlandslosen Gesellen“ machte die Runde.

Doch neben Erfolgen gab es auch Rückschläge.

So mußte die pfälzische SPD den allzu frühen Tod ihres großen Parteiführers Ehrhart beklagen. Seine aufopfernde Tätigkeit für die Partei hatte seine Gesundheit frühzeitig ruiniert.

Franz Josef Ehrhart, 1853 in dem südpfälzischen Dorf Eschbach geboren, trat mit 18 Jahren der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bei. Als 24jähriger ging er für einige Jahre ins Ausland. Zunächst galt er als Vertreter des linken Parteiflügels. Zum Reformisten wurde er in den 90er Jahren. Mit Georg von Vollmar und Karl



Franz Josef Ehrhart

Grillenberger zusammen gehörte er zu den populärsten Parteiführern Bayerns und der Pfalz. 1889 wurde er als erster Sozialdemokrat in den Stadtrat von Ludwigshafen gewählt. 1893 zog er als erster Pfälzer in den Bayerischen Landtag ein, 1898 wurde er auch in den Reichstag gewählt. Der „rote Pfälzgraf“ starb 1908 als angesehener Bürger und verehrter Parteiführer. Seinem Sarg folgten Tausende. Einen größeren Trauerzug hat Ludwigshafen noch nie gesehen, meldete die „Pfälzische Post“.

Ein weiterer Verlust für die Partei, wie auch für die gesamte internationale Sozialdemokratie, war der Tod ihres legendären Parteiführers August Bebel. Er starb am 19. August 1913. Babels Werk war der Aufbau der deutschen Sozialdemokratie von ihren Anfängen heraus bis hin zur Massenpartei zu Beginn dieses Jahrhunderts. Er stand immer auf der Seite des demokratischen Sozialismus' und verfocht die positive Mitarbeit in den Parlamenten.

## Die Zeit vom Ausbruch des Ersten Weltkriegs bis zum Ende der Weimarer Republik

Bei der Reichstagswahl 1912 war die SPD nicht nur stärkste Partei geworden, sondern mit 110 Abgeordneten auch stärkste Fraktion im Reichstag. Als sich im Juli 1914 die Kriegsgefahr immer drohender bemerkbar machte, erhob der Parteivorstand warnend seine Stimme: „Gefahr ist in Verzug. ... Wir wollen keinen Krieg! ... Nieder mit dem Krieg!“ Doch wenige Tage später war die Stimmung in der Partei umgesprungen. Die Parteipresse schrieb: „Wenn die verhängnisvolle Stunde schlägt, werden die vaterlandslosen Gesellen ihre Pflicht tun und sich darin von den Patrioten in keiner Weise überbieten lassen.“

Am 4. August schließlich stimmte die Fraktion geschlossen für die von der Regierung geforderten Kriegskredite. Ihr Sprecher Hugo Haase erklärte: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“ Dieses Bekenntnis zur Landesverteidigung wurde in der Fraktion auch von dem überwiegenden Teil derjenigen bejaht, die die Kriegskredite ablehnten und sich im Reichstag nur der Fraktionsdisziplin beugten. Ihr anfänglicher „Burgfriede“ zur Einhaltung eines innenpolitischen „Waffenstillstandes“ lockerte sich im Laufe des Krieges immer mehr. Zum endgültigen Bruch kam es dann im März 1916, als die Mehrheit der Fraktion dem Notetat zustimmte, während

eine Minderheit um den Parteivorsitzenden Haase den Etat ablehnte. Darauf sprach die Mehrheit der Fraktion den 20 Dissidenten die Fraktionszugehörigkeit ab. Dies führte dann zur Entfremdung der SPD von der Arbeiterschaft und im April 1917 zur Spaltung der Partei in eine „Mehrheitssozialdemokratie“ (MSPD) und eine „Unabhängige Sozialdemokratie“ (USPD).

Die plötzliche SPD verurteilte die Vorgänge um die Kriegskreditgewährung und bezeichnete das Abstimmungsverhalten der 20 Fraktionsmitglieder einheitlich als „Zerstörerarbeit“. Doch trotz aller Beschwichtigungsversuche spaltete sich auch in der Pfalz die SPD und noch im Juni 1917 wurden die ersten Ortsvereine der USPD gebildet. In Mutterstadt gründete sich erst am 26. März 1920 ein Ortsverein, der dann Gustav Haag zu seinem Vorsitzenden wählte.

Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches, der Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann und nach der Zeit der Revolution beanspruchten drei Parteien das Erbe der sozialistischen Arbeiterbewegung:

Die KPD, die erst zu einer Massenpartei wurde, als sich ihr im November 1920 der linke Flügel der USPD anschloß.

Die USPD, die trotz innenpolitischer Gegensätze und organisatorischer Schwäche anfänglich die enttäuschten Massen hinter sich scharen konnte, die jedoch nach dem Verlust eines Teiles ih-

rer Mitglieder an die KPD sich im September 1922 wieder mit der MSPD vereinigte.

Die MSPD stand nach der Revolution im Spannungsfeld zwischen Regierungsverantwortung und Opposition. Bis zum Sommer 1920 war sie die führende Partei. Neben dem Amt des Reichskanzlers, das ihr als stärkste Regierungspartei zufiel, besetzte sie auch in den drei Kabinetten bis 1920 verschiedene Ministerien. Einer ihrer populärsten Politiker, Friedrich Ebert, wurde zum 1. Reichspräsidenten der Weimarer Republik gewählt.



Friedrich Ebert

In den Kreisen der nationalen Rechte wollte man 1920 dem republikanischen Zwischenspiel ein Ende bereiten. Am 13. März 1920 putschten Lüttwitz, Kapp und Ehrhard zusammen mit anderen Offizieren gegen die demokratische Republik. Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Bauer und die anderen Mitglieder der Regierung entkamen der Festnahme durch Flucht aus Berlin. Da die Reichswehr sich weigerte, gegen die Putschisten zu kämpfen, konnte nur durch Ausrufen des Generalstreiks durch die Gewerkschaften

und die SPD die Gefahr von rechts abgewendet werden. Die folgende Reichstagswahl von 1920 stand dann auch ganz unter dem Eindruck des „Kapp-Putsches“ und der nachfolgenden Arbeiteraufstände. Die großen Gewinner waren die DVP und die rechts außen angesiedelte DNVP.

Doch in der Pfalz hatte man ganz andere Sorgen als in Berlin und München. Auf eine anfänglich sehr schlechte Versorgungslage mit Lebensmitteln, besonders in den Städten, folgten französische Besatzung, passiver Widerstand und Separatismus mit all ihren Auswüchsen.

Mitten in dieser unruhigen Zeit lagen die Gemeinderatswahlen vom April 1920. In Mutterstadt wurde gleichzeitig mit der Wahl zum Gemeinderat erstmals in unserer Gemeinde ein Berufsbürgermeister, den die SPD schon lange gefordert hatte, der aber immer wieder von der „bürgerlichen Mehrheit“ abgelehnt wurde, gewählt. Jakob Weber, der bereits ab 1910 Zweiter Adjunkt der Gemeinde war, wurde im ersten Wahlgang und mit absoluter Mehrheit, gegenüber einem bürgerlichen Kandidaten, zum Berufsbürgermeister der Gemeinde Mutterstadt gewählt. Ein Höhepunkt in der Kommunalpolitik, nicht nur für die Mutterstadter Sozialdemokratie, sondern auch für die ganze Gemeinde.

Doch es zeigte sich jetzt immer mehr die verhängnisvolle Spaltung der Arbeiterschaft in zwei sich unversöhnlich

gegenüberstehende Lager. Die dauernd von kommunistischer Seite angezettelten Kämpfe um den Vorsitz in den Gewerkschaftskartellen, Arbeiterkulturvereinen und Freien Sportvereinen sorgten auch in Mutterstadt für unnötige Reibungsverluste und band Kräfte, die man bei der Abwehr des Nationalsozialismus hätte besser einsetzen können. Als im Juli 1930 die Franzosen die Pfalz räumten, läuteten zwar überall die Kirchenglocken und Freudenfeuer wurden entzündet, aber die Weltwirtschaftskrise steuerte schon einem ersten Höhepunkt zu. Die Zeit der gewissenlosen politischen Demagogen war auch für die Pfalz angebrochen, und als im Reich nach dem Austritt des Zentrums und der DVP aus der sozialdemokratisch geführten Koalitionsregierung, dem Kabinett Müller, die letzte verfassungsmäßig gebildete Regierung zurücktrat, hatte der Niedergang der Weimarer Republik begonnen.

### **Die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung unterm Hakenkreuz**

Keine andere politische Gruppierung im Deutschen Reich hat den aufkommenden Nationalsozialismus so grundsätzlich abgelehnt und zu bekämpfen versucht, wie die organisierte Arbeiterbewegung.

Bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 gibt es folgendes Ergebnis in Mutterstadt:

SPD	893 Stimmen
DKP	415 Stimmen
Zentrum	714 Stimmen
NSDAP	1.713 Stimmen

Das NS-Regime geht dann ganz schnell bei der Gleichschaltung vor und das bedeutet das Ende aller freien, demokratischen Organisationen, Verbänden und Presseorganen. In einer Mischung von scheinbarer Legalität und gleichzeitigem Terror, mit staatlich geduldeten Rache- und Einschüchterungsmaßnahmen, bereitet die SA das Ende aller politischen Gegner vor, insbesondere von SPD und KPD.

Am 11. März 1933 erscheint die letzte, bereits stark zensierte Ausgabe der Zeitung „Pfälzer Post“. Ende März wird das Rückgrat der Arbeiterbewegung, die Arbeitersport- und Kulturvereine, verboten.

Gleichzeitig bedeutet das auch das Ende des Reichsbanners und der Eisernen Front. Am 2. Mai kommt es dann zur Zerschlagung der Freien Gewerkschaften. Am 22. Juni folgt das offizielle Verbot der SPD im Reichsgebiet, die Sitze in den Gemeinderäten und in den Parlamenten werden kassiert. Ab 1. Januar 1935 tritt die Deutsche Gemeindeordnung in Kraft und beseitigt das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, denn die Bürgermeister werden von der NSDAP bestellt bzw. eingesetzt.

Im Zuge der Machtübernahme gibt es auch in Mutterstadt Vorfälle, die man so nicht für möglich gehalten hät-

te: Da werden Personen, nur weil sie SPD- oder KPD-Mitglieder sind oder zu deren Familien gehören, von Personen, die der SA und der NSDAP angehören und die für das Hakenkreuz und für Hitler zu allem bereit sind, schikaniert, körperlich bedroht, diskriminiert, eingeschüchtert, beleidigt. Unrühmlich hervor tut sich dabei die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation (NSBO) mit ihren Drohungen und Beschimpfungen gegenüber SPD- und Gewerkschaftsmitgliedern. Desweiteren gibt es viele politisch bedingte Entlassungen ohne Anspruch auf finanzielle Unterstützung und Berufsverbote, es werden Personen denunziert, das Gespräch und der Umgang mit Freunden und Bekannten eingestellt, behördliche Genehmigungen oder Erlaubnisse ohne sachliche Gründe verweigert.

Bei der Volksabstimmung über Hitler im August 1934 liegt in der Pfalz der Anteil der Nein-Stimmen bei 3,4%. Unter den insgesamt nur 16 Gemeinden, in denen der Anteil der Nein-Stimmen über 10% ausmacht, befindet sich auch Mutterstadt (10,5%); ansonsten sind es fast nur Gemeinden mit überwiegend katholischer Bevölkerung.

In den Mittelpunkt rückt nach dem Verbot der SPD das Bestreben, möglichst unauffällig den Kontakt mit Gleichgesinnten zu halten, Tradition und Bewußtsein zu wahren, auf diese Weise das Dritte Reich zu überleben bzw. für den Fall einer Regimekrise eingreifbar zu sein.

Im Mai 1934 treffen sich pfälzische Genossen am Asselstein, um die Organisation der SPD im Untergrund zu beraten und aufzubauen. Es werden Kurierwege nach Frankreich und ins Saargebiet aufgebaut. Illegale Zeitungen, Broschüren, Plakate werden z. B. auf Dünndruckpapier hergestellt und von Kurieren, am Körper getragen, in die Kleidung eingnäht, in Fahrradschläuchen versteckt, zu Verbindungsmännern in die Pfalz, auch nach Mutterstadt, gebracht. Dort werden sie an den noch verbliebenen harten Kern der Genossen verteilt.

Hier ist mit größter Hochachtung und Anerkennung an diejenigen Genossen unseres Ortsvereins zu erinnern, die, von ihrer politischen Überzeugung geleitet, unter Lebensgefahr für sich und ihre Angehörigen, die illegale „Sozialistische Aktion“ mitaufbauten. Ludwig Kaufmann und Ludwig Reimer waren als Kurier tätig und Philipp Mangold verteilte die Zeitung „Kleiner Vorwärts“ in Mutterstadt an ca. 20 SPD-Mitglieder. Als Kaufmann und Reimer deswegen verhaftet und verhört werden, kann Mangold glücklicherweise noch das belastende Material verschwinden lassen. Otto Hartmann und Josef Köhler waren bei diesen Untergrund-Aktionen ebenfalls dabei, unterstützt von Heinrich Hartmann jun., Hilda und Philipp Weber, Karl Schalk, Karl Röder, Katharina Kaufmann, Adam Heene und Jakob Gärtner.

In der Zeit zwischen 1933 und 1939 werden, neben Jakob Weber und Fritz Schalk, auch die Genossen Karl Heim, Johann Kern, Karl Röder, Johannes Klehr, Walter Riegel, Otto Krick, Friedrich Böstler sen. wegen ihrer Gegnerschaft zum NS-Regime vorübergehend in Schutzhaft genommen.

Bald zeigen die braunen Machthaber ihr wahres Gesicht: In der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 brennen die Synagogen, dann Bücher, Bilder, Kirchen, Menschen. Die SPD-Mitglieder Isidor Moas, Leo Sundelowitz und Ferdinand Löb I. müssen mit ihren Familien den grausamen Weg in das Konzentrationslager antreten. Mit Beginn des Krieges am 1. September 1939 enden auch die Untergrundaktivitäten der Mutterstadter SPD, man trifft sich jedoch noch immer bei Heinrich Hartmann in der Gaststätte „Zur Linde“ und diskutiert die politische Lage.

Der Widerstand der Genossen nutzte nichts, aus dem Widerstand speiste sich aber nach 1945 der Wiederbeginn.

Die Mutterstadter SPD-Mitglieder erlebten den grausamen Krieg und den Untergang, vor dem sie so engagiert mit Flugblättern gewarnt (wer Hitler wählt, wählt Krieg) und den sie befürchtet hatten: An der Front als Soldat, gefallen, verwundet, in Konzentrationslager und in Gefangenschaft. In der Heimat bei Bombenangriffen, Zerstörungen, Not, Elend und Tod.

Nach 12 Jahren NS-Regime hat die Diktatur auch in Mutterstadt ausgespielt: am 21. März 1945, 7.00 Uhr morgens, fahren die Amerikaner in den Ort ein.

### **Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ und „Eiserne Front“**

In den 20er und 30er Jahren lag die Stärke der Rechten in ihren Kampfverbänden außerhalb des parlamentarischen Raumes. Als Gegenspieler auf der linken Seite bildete sich zum Schutze der Republik unter Führung der SPD im Februar 1924 als Vereinigung aller republikanischen Frontsoldaten das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“; ihr Symbol waren die drei Pfeile. Darin waren neben der SPD auch das Zentrum und die linksliberale DDP vertreten. Diese uniformierten Kampfverbände beherrschten das Bild der Straße mit Umzügen und Demonstrationen; eine typische Erscheinung der Weimarer Republik.

Zeitzeugen können das „Reichsbanner-Lied“ dieser Zeit spontan noch singen:

Straße frei, Straße frei,  
wenn das Reichsbanner marschiert,  
Straße frei, Straße frei,  
wenn sie auch zum Sterben führt.  
Für Freiheit, Einigkeit und Recht,  
kämpft allzeit ein frei Geschlecht,  
Ob Hakenkreuz, ob Stahlhelm groß,  
Straße frei für Schwarz-Rot-Gold.

Die „Eiserne Front“ war die kampfbereite Ergänzung. Vom Reichsbanner an-

geregt und im Dezember 1931 gegründet, stellte sie die Gegenaktion aller republikanischen Kräfte gegen die „Harzburger Front“ dar. Die „Eiserne Front“ umfaßte die SPD, die Gewerkschaften, die Arbeitersportorganisationen und das Reichsbanner.

In Mutterstadt schützten Reichsbanner und Eiserne Front die Veranstaltungen der SPD und der ihr nahestehenden Organisationen. Zu größeren Auseinandersetzungen mit den rechten Kampfverbänden und der SA kam es in Mutterstadt nicht.

Vorsitzender der örtlichen Organisation mit ca. 100 Mitgliedern war Fritz Schalk.

### **Arbeiter-Sport- und Kultur-Vereine**

Die Arbeiter organisierten sich nicht nur in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften, sondern auch in vielfältigen Freizeit- und Kulturaktivitäten. Die Gründe lagen einmal in der damaligen Ausgrenzung der Arbeiter durch die bürgerliche Gesellschaft, zum anderen boten insbesondere die Kulturvereine auch Möglichkeiten der Information und Weiterbildung.

Schon frühzeitig organisierten sich die Arbeitersportler, insbesondere die Turner, Schwerathleten und die Radfahrer. Diese Vereine für Sport, aber auch für Kulturpflege (Gesang, Bildung, Theater, Kunst und Musik) standen auf dem Boden der sozialistischen Arbeiterbewegung. So war der Arbei-

terradfahrerbund Solidarität eigentlich mehr aus einem politischen als einem sportlichen Bedürfnis heraus entstanden: Als „rote Kavallerie“ diente er bei den Wahlkämpfen der Partei.

Im Juli 1925 fand in Frankfurt a. M. die „Erste Internationale Arbeiter-Olympiade“ statt. Diese Arbeiter-Olympiade diente dem Gedanken der Völkerverständigung und -versöhnung.

In Mutterstadt bestanden in der Zeit von vor der Jahrhundertwende bis zum Verbot von 1933 folgende der SPD nahestehenden Vereine bzw. Organisationen, deren Mitglieder aus der Arbeiterbewegung kamen:

Athleten-Club (gegründet 1892), später Vereinigter Freier Athleten-Klub (1904), Vorsitzender u.a. Philipp Gräf und Jakob Engel. Der AC hatte in den 20er Jahren knapp 250 Mitglieder. Dem Club war angeschlossen ein Spielmanszug unter der Leitung von Philipp Gräf

Arbeiter-Gesangverein (1898), Vorsitzender u.a. Heinrich Hartmann sen. und Emil Weber

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ (1902)

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Frisch-Auf“ (1924), Vorsitzender u.a. Wilhelm Erlewein

Freier Sportverein (1921), Vorsitzender u.a. Jakob Reimer jun.

Freie Turnerschaft, Vorsitzender u.a. Friedrich Böstler

Musik- und Vergnügungsverein „Auer-Klub“ (1925), später Freie Volksbühne,

Vorsitzender u.a. Fritz Weber  
 Theatralischer Verein (1923)  
 Arbeiter-Fortbildungs-Vereinigung  
 (1900) mit Bücherausleihe  
 Erste Mandolinen- und Zither-Vereinigung  
 (1922), Vorsitzender Jakob Krick  
 jun.  
 Freier Wander- und Vergnügungsclub  
 „Edelweiß“ (1924), Vorsitzender Jakob  
 Reimer



Jakob Reimer sen.  
 SPD-Vorsitzender  
 1927-1929

Arbeiter-Samariter-Kolonie, Vorsit-  
 zender Friedrich Kreuzenberger  
 Arbeiter-Wohlfahrt  
 Freireligiöse Gemeinde, Vorsitzender  
 u.a. Jakob Gärtner.

Nach dem 1. Weltkrieg schlossen  
 sich die Vereine zum „Kartell der Frei-  
 en Arbeiter-Vereine Mutterstadt“ zu-  
 sammen. Vorsitzende des Ortskartells  
 waren Johannes Jühl (bis 1924), Jakob  
 Engel (1924-1930) und Emil Weber  
 (1930-1933).

Daneben bestand auch das „Bezirks-  
 Kartell der Freien Arbeiter-Vereine Mut-  
 terstadt und Umgebung“, dem die Ar-  
 beiter-Sportvereine aus Mutterstadt,  
 Dannstadt, Schauernheim, Fußgön-  
 heim, Meckenheim und Ruchheim an-  
 gehörten.



Emil Weber

Das Ortskartell Mutterstadt erwarb  
 1922 eine hölzerne Halle und stellte  
 sie 1924 auf dem westlichen Teil des  
 heutigen Meißplatzes auf. Die Halle



Fest- und Sporthalle des Arbeiterkartells Mutterstadt

umfaßte einen Saal mit Bühne, Gast-  
 wirtschaft und Wohnung. 1930 war  
 die Halle bezahlt und der Platz vor der  
 Halle angekauft.

In der Halle fanden die Veranstaltun-  
 gen des Sportkartells und der anderen  
 Arbeitervereine statt. Konzerte des Ar-  
 beitergesangsvereins, Sportveranstal-  
 tungen mit Gewichtheben, Ringen,  
 Radball, Kunstradfahren, Turnen, Thea-

teraufführungen und Konzerte, Tanz-  
 veranstaltungen, Ehrungsabende, Mit-  
 gliederversammlungen gehörten dazu.  
 Die Gaststätte war gleichzeitig Treff-  
 punkt der Mitglieder der einzelnen Ver-  
 eine. Auf dem Platz vor der Halle fan-  
 den Übungs- und Sportveranstaltungen  
 statt. Die Fußballer spielten auf dem ge-  
 meindeeigenen Sportplatz An der Foh-  
 lenweide.

Ludwig Reimer (4. Platz im Gewicht-  
 heben) und Fritz Klein (3. Platz im  
 Ringen) nahmen erfolgreich an der

1. Arbeiter-Olympiade in Frankfurt teil.  
 Die Radfahrer erreichten bei der 2. Ar-  
 beiter-Olympiade 1931 in Wien im  
 Mannschafts-Straßenfahren einen 2.  
 Platz.

Im Frühjahr 1933 wurden alle „mar-  
 xistischen Vereinigungen“ verboten und  
 aufgelöst, so auch in Mutterstadt. Das  
 Vereinsvermögen wurde eingezogen.  
 Die Gemeinde übernahm das Grund-



stück und die Halle. Die Sportgeräte, aber auch die Pokale, wurden vom damaligen Sportverein VTV übernommen, Einrichtungsgegenstände, auch das Klavier des Arbeitergesangsvereins, wurden von Personen übernommen, die jetzt im Ort das „Sagen“ hatten. Das Rathaus berichtet dem Bezirksamt, daß sich die hiesigen Gesang- und Musikvereine wegen der Aufteilung des Vermögens des ehemaligen Arbeitergesangsvereins nicht einigen konnten.

Der Kassenbestand des Athleten-

#### Kartell der Freien Arbeiter-Vereine Mutterstadt (Sportkartell).

## Statuten.

§ 1. Die Vereinigung ber in Mutterstadt haben die folgenden Vereine für Sport und Körperpflege (Friedrichs-Sportgesellschaft, Zister, Sport und Spiel, Sport für alle) den Namen: Kartell der Freien Arbeitervereine Mutterstadt (Sportkartell) mit dem Sitz in Mutterstadt. Zugleich hat mit diesem Namen eine oder mehrere Zweitzweigniederlassungen gegründet zu sein.



Teilnehmer der Arbeiter-Olympiade

v.l.: Fischer Jakob, Koch Wilhelm, Hassert Fritz, Eichenlaub Ludwig, Hassert Peter, Hassert Alfred

Klubs wurde von dem damaligen Kassierer Wilhelm Renner vor dem Zugriff sichergestellt. Seine Söhne Willi und Otto und Eugen Wessa verteilten das Geld an die arbeitslosen Vereinsmitglieder: jeder erhielt einen Betrag von 5,00 RM.

Der Bürgermeister konnte 1934 dem Bezirksamt deshalb nur noch berichten, daß folgende Geldbeträge bei den aufgelösten Arbeitervereinen beschlagnahmt und abgeliefert wurden:

- ehemaliger freier Athletenklub 1,41 RM
- ehemaliger freier Sportverein 0,15 RM
- ehemalige freireligiöse Gemeinde 1,88 RM.

Die Sporthalle wird nach dem Verbot von den NS-Formationen SA und HJ benutzt und die Gemeinde richtet die Meldestelle für Erwerbslose darin ein. Später verfällt die Halle zusehends und wird deshalb 1937 abgerissen. Das

Baumaterial wird von der Gemeinde verkauft, der Platz dem Meißplatz zugeschlagen. Nach dem Kriege wird 1950 im Rahmen der Entscheidungen über das Sondervermögen für Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in einem Vergleich vor dem Landgericht Frankenthal entschieden, daß die Gemeinde im Besitz des Grundstückes bleibt und dafür nochmals 1.500,00 DM zahlt. 1957/58 wird die Eigentums- und Entschädigungsfrage des früheren Sportkartells nochmals aufgegriffen und dafür das Sportkartell rechtlich von Johannes Jöhl wiedergegründet. Mit der Entscheidung der Gemeinde im Jahre 1961, daß keine weitere Entschädigung geleistet wird, auch nicht aus einer moralischen Verpflichtung heraus eine Art Sonderzuweisung an die Nachfolgevereine, ist das Kapitel Arbeitersport in Mutterstadt endgültig abgeschlossen.

## Die SPD beim Wiederaufbau der Demokratie nach 1945

Am 10. März 1946 fand in der Gastwirtschaft „Zum Ochsen“ die Wiedergründung des SPD-Ortsvereins Mutterstadt statt.

Wollen wir das Engagement der Frauen und Männer würdigen, die damals an den Wiederaufbau einer demokratischen Partei gingen, müssen wir uns der Zeiten und Umstände vor 50 Jahren erinnern.

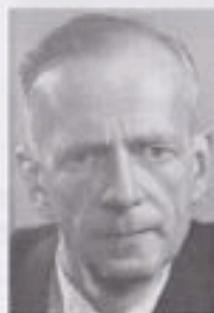
Zwölf Jahre Diktatur, der Gleichschaltung, der Verfolgung, des Leids, waren vorbei. Das Hitlerreich war zerbrochen, der verbrecherische, schreckliche Krieg zu Ende. Der Faschismus war in einen grausigen Abgrund gestürzt und hatte das deutsche Volk in tiefster seelischer und wirtschaftlicher Not zurückgelassen.

Aber bereits im Juni 1945 gab es einen Aufruf der deutschen Sozialdemokratie mit der Mahnung an die „Deutsche Arbeiterklasse“, Träger des neuen Staatsgedankens zu sein und eine Demokratie aufzubauen.

Die SPD fühlte sich besonders aufgerufen, an führender Stelle für diese Ziele einzutreten. Dieser Anspruch kam aus der Erkenntnis, daß durch staatliche Zwangsmaßnahmen die Sozialdemokraten wohl zurückgedrängt werden konnten, wie in der Zeit der Sozialistengesetze, daß sie vorübergehend ausgeschaltet wurden, während der Nazizeit, daß aber im

mer Widerstand im Land und vom Exil aus geleistet wurde.

In dieser Tradition fand am 5./6. Oktober 1945 in Wennigsen bei Hannover unter der Führung von Kurt Schumacher die Wiedergründung der SPD statt mit dem Ziel, die Demokratie als die beste Form des politischen Handelns aufzubauen. Die SPD war stolz, auch unter größten Opfern für die Idee der Freiheit und des Friedens eingetre-



Kurt Schumacher

ten zu sein. Alle erinnerten sich dabei an die berühmte Rede des SPD-Vorsitzenden Otto Wels 1933 im Reichstag. „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre aber nicht“ rief er denjenigen zu, die danach bis 1945 genau diese menschenverachtende Politik betreiben sollten. Die SPD hatte sich damals in dieser denkwürdigen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit, Freiheit und des Sozialismus bekannt und betrachtete nun, nach Kriegsende, dieses Bekenntnis als Auftrag, sich besonders für den Wiederaufbau einzusetzen. Kurt Schumacher führte die SPD bis zu seinem Tode im Jahre 1952.

Die SPD wollte sich aber 1945 nicht mit der historischen Legitimation alleine begnügen, sondern den Anspruch als führende Kraft durch positive Leistungen rechtfertigen. Die SPD war sich auch in Mutterstadt der Größe der Aufgabe bewußt: In der „Stunde Null“ zum einen die menschlichen und materiellen Schäden des Krieges zu überwinden, zum anderen gleichzeitig einen demokratischen Staatsaufbau zu realisieren.

Der Partei treu gebliebene Mitglieder, heimgekehrte Emigranten, Gewerkschafter und Bürger, die sagten, so etwas darf sich nicht wiederholen, taten sich zusammen, besprachen die Lage. Die Pfälzer Sozialdemokraten kamen im Oktober 1945 in Elmstein zusammen, um die Gründung von Ortsvereinen vorzubereiten; alle Beteiligten mit alter Hingabe und neuem Mut. Auch in Mutterstadt fanden sich ihrer Gesinnung treu gebliebene Genossen zu Gesprächen zusammen, erörterten die anstehenden Aufgaben, waren bereit, Verantwortung zu übernehmen, um Not und Elend zu beseitigen und einen demokratischen Wiederaufbau einzuleiten. Im Februar 1946 genehmigte dann die französische Militärregierung die Zulassung der SPD als Partei in der Pfalz.

Aus den Schilderungen von Zeitzeugen wissen wir um die bewegenden Momente, als man sich nach langen Jahren der Furcht wieder treffen, disku-

tionen, seine Meinung offen sagen konnte.

In Mutterstadt ging es 1946 um die Sorgen für das Alltägliche, ja ums Überleben: Ernährungslage mit der für alle so wichtigen Kartoffelversorgung, die Schuttbeseitigung, die Wohnungsnot, die Brennholzbeschaffung, des weiteren die Arbeitsplatzsuche und die Familienzusammenführung. Das waren die Themen dieser Zeit.

Mutterstädter Demokraten, die unmittelbar nach Kriegsende von der Besatzungsmacht mit der kommunalpolitischen Führung der Gemeinde betraut wurden, waren auch bei der Wiedergründung der SPD in Mutterstadt im März 1946 dabei. So Heinrich Hartmann jun., der als eingesetzter Bürgermeister zusammen mit einem „Bürgerrats-Komitee“ die Verantwortung für den Ort innehatte und August Kropp, letzter Vorsitzender der Mutterstädter SPD vor 1933. Prominenter Taufpate der ersten Versammlung war Friedrich Proft, ehemaliger Vorsitzender des SPD-Bezirktes Pfalz, der nach dem Kriege einige Zeit in Mutterstadt wohnte.

Der Vorstandschaft gehörten bei der Wiedergründung 1946, neben Heinrich Hartmann als Vorsitzendem, folgende Genossen an: Jakob Ellenberger, Friedrich Böstler, Johann Kautz, Ludwig Kaufmann, Philipp Weber, Otto Reimer, Wilhelm Schott, Friedrich Proft, August Kropp, Josef Köhler, Wilhelm Langenwalter und Willi Weber.



Heinrich Hartmann



Ludwig Kaufmann



Friedrich Proft

Die ersten freien Gemeinderatswahlen nach dem Ende der Diktatur finden am 15.09.1946 statt. Die SPD erhielt

acht Sitze im Gemeinderat. Der Vorsitzende der Mutterstädter SPD, Heinrich Hartmann, wird am 22.09.1946 im

## SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands Mutterstadt

### Stimmzettel zur Gemeindewahl am 15. September 1946 in Mutterstadt

Vor- und Zuname	geboren am	Beruf	Wohnung
1. Heincr. Hartmann	9. 12. 1885	Bürgermeister	Lindestr. 1
2. Ludwig Kaufmann	9. 11. 1905	Angestellter	L'hafenerstr. 12
3. Anna Schalk	17. 12. 1899	Hausfrau	Rudh.-Str. 14
4. Martin Schwind	9. 12. 1889	Landwirt	Goethestraße 2
5. Friedrich Böstler	9. 5. 1882	Gem.-Beamt.	Luitpoldstr. 33
6. W. Langenwalter	16. 12. 1895	Schlossermstr. v. d. Tannstr. 8	
7. Otto Reimer	2. 6. 1908	Baukontroll.	Fußgöck.-Str. 19
8. Wilhelm Schott	2. 7. 1897	Landwirt	Neustädterstr. 7
9. Heinrich Rüdle	28. 10. 1891	Pensionist	Rheingöck.-Str. 41
10. MartinJugenheimer	22. 9. 1910	Angestellter	Ringstraße 46
11. Ludwig Reimer	19. 9. 1893	Angestellter	Karlstraße 7
12. Josef Köhler	26. 7. 1906	Zimmermann	Hartmannstr. 2
13. Philipp Weber	14. 6. 1912	Schweißer	Eisenbahnstr. 15
14. Friedrich Weber	19. 7. 1900	Vertreter	Pestalozzistr. 8
15. Jean Kern	13. 1. 1909	Lagerist	Speyererstraße 7
16. Georg Heim	20. 3. 1883	Pensionist	Parsevalstraße 5
17. Heinrich Weber	20. 9. 1883	Milchkontr.	Friedr. Ebertstr. 5
18. Karl Bauer	29. 6. 1903	Schlosser	Goethestraße 15
19. Karl Spiegel	10. 3. 1905	Konditor	Brunnenstraße 2
20. Martin Wießler	7. 12. 1883	Kontrollleur	Bohlgrstraße 14

Gasthaus „Zum Ochsen“ zum Bürgermeister gewählt. Er und seine Mitstreiter übernehmen auch die politische Führung im Ort. Seit dieser Zeit ist die SPD eine bestimmende politische Kraft in Mutterstadt. Alle Gemeinderatswahlen seit 1946 brachten der SPD gute Ergebnisse. Stärkste Fraktion zu sein, zeitweise mit absoluter Mehrheit, waren und sind Erfolge, die die Verantwortlichen in Partei und Fraktion mit praktischer ortsbezogener Kommunalpolitik für Mutterstadt erzielt haben.

Nach Heinrich Hartmann, bis 1948 Mutterstadts Bürgermeister, folgten fast drei Jahre mit andauernden, für die Partei recht schwierigen kommunalpolitischen Turbulenzen. Friedrich Böstler verläßt wegen seiner Wahl zum Bürgermeister die Partei, bleibt aber nur knapp ein Jahr im Amt. Danach leiten von Oktober 1949 bis März 1951 zwei CDU-Bürgermeister geschäftsführend die Gemeinde. 1951 wurde dann mit Otto Reber ein SPD-Mann mit Verwaltungserfahrung hauptamtlicher Bürgermeister, der in der schwierigen Phase des Wiederaufbaues, mit Wohnungsbau, Flüchtlingsaufnahme, Kana-

lisation, Straßenbau, Gasversorgung, Mechanisierung der Landwirtschaft, aber auch dem Ende der Lokalbahn, Mutterstadt in die 60er Jahre führte.



August Kropp

Ab 1947 war August Kropp wieder Vorsitzender der Mutterstadter SPD. Dieser aktive, noch von der Vorkriegszeit geprägte Sozialist alter Prägung, führte den Ortsverein bis Ende 1952 und war auch in der Gemeinderatsfraktion an führender Stelle tätig. In guter Erinnerung sind noch seine leidenschaftlichen, mitreißenden Reden und Diskussionsbeiträge. Nach im hohen Alter ließ er es sich nicht nehmen, in den Mitgliederversammlungen sozusagen das Schlußwort zu sprechen und uns junge Mitglieder mit beeindruckenden Argumenten auf die alten Tugenden und Ideale der Arbeiterbewegung

hinzuweisen. Als er 1952 das Amt abgab, wurde er zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Für eine Übergangszeit bis April 1953 leitete Emil Hartmann kommissarisch den Ortsverein. Dann wurde Otto Reimer zum Ortsvereinsvorsitzenden gewählt.



Otto Reimer

Nach der Wiedergründung, der Nachkriegszeit und dem Wiederaufbau, Erich Ollenhauer war von 1952 bis 1963 Vorsitzender der Bundespartei, wurde 1959 das Godesberger Programm verabschiedet, mit dem sich die Partei für alle Bevölkerungsschichten öffnete, und die SPD wird bundesweit die führende „Kommunalpartei“.



Otto Reber



Emil Hartmann



Jubilarengung 1957 hintere Reihe v.l.n.r.: Georg Gühmann, Karl Dech, Karl Froch, Michael Wessa, Martin Wissler, Jakob Schwind, Johannes Krick, Otto Reimer. Vordere Reihe v.l.n.r.: Weber, Georg Heim, Johannes Jöhl, Elise Heene, Anna Schak, Elise Strub, Josef Becht, Ludwig Metzger.

### Die SPD von 1960 bis heute

Otto Reimer bleibt Ortsvereinsvorsitzender bis 1965. Die Mutterstädter SPD öffnete sich in dieser Zeit auch nach außen hin. Dies zeigte sich in gut besuchten Veranstaltungen, wo z. B. mit Bunten Abenden, abseits von der Politik, Entspannung und Geselligkeit für alle Bevölkerungskreise geboten wurde. Wir erinnern uns heute mit Dankbarkeit an unseren Ehrenvorsitzenden Otto Reimer, der das Amt des Vorsitzenden noch einmal von 1970 bis 1974 innehatte. Wer kannte ihn nicht, wenn er mit Hut und mit Fahrrad unermüdlich das ganze Jahr über für seine SPD im Einsatz war: innerparteilich bei allen Veranstaltungen dabei, pflegte er besonders den persönlichen Kontakt zu allen Mitgliedern, war aber

auch bei allen Vereinen, den örtlichen Festen und Veranstaltungen präsent. In der Mitgliederversammlung am 6. Mai 1974 wurde er in Anerkennung seiner Leistungen zum Ehrenvorsitzenden des Ortsvereins gewählt.

Danach kommen bundespolitisch einschneidende Umbrüche. Die innerhalb der Sozialdemokratie umstrittene Entscheidung für eine Große Koalition wird getroffen, eine „Außerparlamentarische Opposition“ bildet sich und 1969 ist der Beginn einer 13 Jahre andauernden sozialliberalen Regierung mit den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt. Mit Gustav Heinemann wird 1969 für fünf Jahre der erste sozialdemokratische Bundespräsident gewählt.

Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre kamen viele der heute auch in Mutterstadt noch aktiven Parteimitglieder in die SPD und das war mit einem Namen verbunden: Willy Brandt. Dieser bedeutende deutsche Politiker, 1913 in Lübeck geboren, Regierender Bürgermeister von Berlin, Außenminister, Bundeskanzler von 1969 bis 1974, Friedensnobelpreisträger, Vorsitzender der Sozialistischen Internationale,





Willy Brandt

Ehrevorsitzender der SPD, prägte wie kein anderer sozialdemokratischer Vorsitzender dieses Jahrhunderts die Partei so nachhaltig. Dieser bedeutende deutsche Staatsmann der Nachkriegszeit führte die SPD von 1964 bis 1987. Neben Brandt stehen für die neue SPD in diesen Jahren besonders die Namen von Fritz Erler, Carlo Schmid, Herbert Wehner, Karl Schiller und Helmut Schmidt, dem Bundeskanzler von 1974 bis 1982. Die Nachfolger Brandts im Amt des Parteivorsitzenden, Hans-Jochen Vogel, Björn Engholm, Rudolf Scharping und seit November



1995 Oskar Lafontaine, wurden und werden immer wieder an ihm gemessen.

Die SPD wandelte sich auch in Mutterstadt nach dem Godesberger Programmparteitag in eine, auch im örtlichen Leben Mutterstadts, anerkannte Volkspartei. Dafür sprechen die vielfältigen Veranstaltungen, die gesellschaftlichen Verpflichtungen vieler unserer Mitglieder in den örtlichen Verei-

## Bunter Abend der SPD

Der SPD-Ortsverein richtet wie alljährlich am Samstag, dem 29. Dezember, 20 Uhr, in der Turnhalle der TSG 1886 einen bunten Abend aus. Das zweieinhalbstündige Programm läuft ohne Pause durch. 14 Künstler aus dem In- und Ausland wirken mit.

Als Ansager fungiert Ernst Rommeyer, der Humorist und Sprecher vom Fernsehen Stuttgart. Gleicher Künstler verbindet nicht nur die einzelnen Darbietungen, er bringt auch „1000 Worte schwäbischen Humor“. Die „Duo Menkas“, eine exotische Tanzschon, schließen sich an. „Louis Perderici“ vom Rheingold-Varieté Frankfurt tritt als Meister-Tempo-Jongleur auf. Die „2 Wind-Musical-Clowns“ sorgen für Lachen und Heiterkeit. Die „3 Negandos“ vom Kabarett Flensburg bringen eine exotische Elastic-Schau.

Vom letzten Jahr her bekannt sind „Die lustigen Mossacher“ vom Fernsehen München, die bei zweimaligem Auftreten für Lachen, Stimmung und Humor sorgen. Wer bei der letztjährigen Veranstaltung dabei war, weiß, daß allein ihr Auftreten den Besuch der Veranstaltung lohnt. „Les Ormanis mit Starlett Rosemarie“ und „Karin und Toledo“, bekannt von der Fernsehshow — Schau ohne Netz und doppelten Boden — beenden den bunten Abend, der traditionsgemäß optisch und musikalisch zum guten Rutsch ins neue Jahr beitragen soll.

Programmgestalter ist Karl Gablen (Weinheim) die artistische Leitung liegt in den Händen von Hans Schulz (Weinheim).

Karten sind in begrenzter Anzahl noch im Vorverkauf bei den Vorstandsmitgliedern erhältlich.



Bundesverkehrsminister Georg Leber, Bürgermeister Hermann Bolzner und Heibert Müllet, MdL.

nen und Organisationen, dafür spricht die soziale Struktur unserer Mitglieder.

Es bedarf aber immer wieder Frauen und Männer, die sich engagieren, ihre Freizeit opfern, dazu gehört ein gut arbeitender Ortsvereinsvorstand, eine Zukunftsperspektiven erarbeitende Gemeinderatsfraktion, dazu bedarf es eines lebendigen aktiven Ortsvereins mit all seinen Arbeitsgemeinschaften. Wir müssen dabei immer wieder darauf hinweisen, dies lehrt uns die Geschichte der SPD und dieses Gedenkjahrs, daß die Freiheit, sich politisch betätigen zu können, wie und wo man will, daß diese Freiheit auch eine Verpflichtung darstellt, für seine Mitmenschen Verantwortung zu übernehmen.

Die SPD war und ist in Mutterstadt sicherlich auch deshalb so erfolgreich, weil die Verantwortlichen sich mehr an praktischer Kommunalpolitik orientieren, denn theoretisierend in parteiinternen Zirkeln zu arbeiten. Das mögen

manche bedauern, manch alter Kämpfer, manch junger Idealist, aber um Politik zu machen und zu gestalten, bedarf es nun einmal Mehrheiten – und Kommunalwahlen werden immer noch hauptsächlich mit ortsbezogenen Themen des alltäglichen Lebens entschieden, mit Frauen und Männern als Kandidaten, die ihr Ohr beim Bürger haben. Bürgernahe Politik bedeutet im Klartext, der Bürger ist der Kommunalpolitik nahe und die Politik ist deshalb gut beraten, die Nähe des Bürgers zu suchen.

Die Mutterstadter SPD entscheidet sich 1960 für die Wahl von Hermann Belzner zum Bürgermeister. Mit ihm gewinnt die Partei 1964 erstmals die absolute Mehrheit im Gemeinderat und

kann 1969 dieses gute Ergebnis wiederholen. Zusammen mit Emil Schwind und Richard Biebinger als Beigeordnete mit Geschäftsbereichen und mit Karl Mohr und Gerhard Geib für Fraktion und Partei stellt er in dieser Zeit die entscheidenden Weichen für die Entwicklung Mutterstadts bis in die heutige Zeit.

1970/1971 gibt es Überlegungen, wie jüngere, aktive Mitglieder, besser

in die Partei- und Fraktionsarbeit eingebunden werden können. Durch den Zuzug von neuen Mitgliedern gab es auch in unserem Ortsverein einen gewissen Umbruch, mehr theoretische Diskussionen in den Mitgliederversammlungen.

Daraus wird der KPA, der Kommunalpolitische Arbeitskreis der SPD, gegründet. Dieser faßt seinerzeit alle Aktivitäten im Umfeld der SPD Mutterstadt zusammen, auch Nichtmitglieder und interessierte Bürger werden für die Mitarbeit gewonnen.

Es zeigt sich bald, daß diese neuen Impulse für die Mutterstadter SPD von großem Nutzen sind, denn viele der damals angesprochenen Themen werden in den folgenden Jahren im Gemeinderat beraten und in die Tat umgesetzt. Auch personell kann die SPD davon profitieren: Günter Klein, Franz Englert, Klaus Metzner und Otto Steig, um nur einige Namen zu nennen, sie alle kamen über den KPA zu Funktionen im Ortsverein.

Nach Gerhard Geib [1966 bis 1970], nochmals Otto Reimer [1970 bis 1974] und Emil Schwind [1974 bis 1979] wurde, nach einem Übergangsjahr mit Werner Kirchner an der Spitze, Harry Ledig 1980 zum Vorsitzenden der Mutterstadter SPD gewählt. Daß dies seinerzeit eine gute Personalentscheidung war, zeigt nicht nur die lange erfolgreiche Amtszeit Ledigs von insgesamt 14 Jahren, sondern auch eine besondere Auszeichnung,



SPD-Vorstand 1966



Emil Schwind



Richard Biebinger



Gerhard Geib



Harry Ledig

Einstimmig wurde er von der Mitgliederversammlung zum Ehrenvorsitzenden der Mutterstädter SPD gewählt, als er 1994 das Amt an Friedrich Schäfer abgibt.

Personalentscheidungen hat sich die SPD noch nie leicht gemacht. Fehler haben sich in der Vergangenheit bei anschließenden Wahlen immer negativ ausgewirkt. Nach der Ära von Bürgermeister Hermann Belzner ergab sich für die SPD in Mutterstadt eine Situation, die dazu führte, daß sie seit 1974 nicht mehr den Bürgermeister stellte.

Bei der Bürgermeisterwahl 1973 plädierte die Mehrzahl der SPD-Partei- und Fraktionsführung dafür, mit einem auswärtigen Kandidaten anzutreten, andere waren dafür, einen Kandidaten zu wählen, der aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit in der Verwaltung am ehesten geeignet erschien, die bisherige Kommunalpolitik fortzuführen. Der Ausgang ist bekannt. Herbert Maurer wurde gewählt, trat 1974 aus der SPD aus und führte als Spitzenmann die neugegründete Wähler-

gruppe in die nachfolgenden Wahlen. Das brachte auch innerparteilich für einige Zeit Unruhe und Personaldiskussionen in den Ortsverein.

Bis etwa Mitte der 60er Jahre waren einige engagierte junge SPD-Mitglieder unter 35 Jahren als JUNO auch in Mutterstadt aktiv, u.a. Edwin Traxel, Dieter Weber, Gerhard Geib. Danach wird es aber still um diese Nachwuchsorganisation. Junge Sozialdemokraten treffen sich erst im April 1974 wieder, um auch in unserem Ortsverein ein Sammelbecken sozialverpflichteter Jugendaktivitäten in Mutterstadt zu schaffen. Parteipolitisch interessierte Jugendliche sollen eine Möglichkeit erhalten, eigenverantwortlich an der Verwirklichung sozialdemokratischer Ziele mitzuwirken. Holger Weimer ist der erste Vorsitzende dieser neu aktivierten SPD-Jugendorganisation.

Nach der Gemeinderatswahl 1979 wird SPD-Ratsmitglied Reinhold Wessa zum Ersten Beigeordneten mit Geschäftsbereich gewählt. Mit Tatkraft und Ideen engagiert sich dieser in allen Bevölkerungskreisen beliebte Mut-



Reinhold Wessa

terstädter für die Bürger und die Vereine. In seinen Zuständigkeitsbereichen Sport, Vereinsförderung, Kultur, Soziales, Senioren, Friedhof, Feuerwehr, Walderholung, Gemeindeveld setzt der SPD-Kommunalpolitiker beachtliche und von allen anerkannte Akzente. Das bleibt auch so nach seiner Wahl zum Zweiten Beigeordneten nach der Gemeinderatswahl 1994 mit anderen Aufgaben.

Eine richtige Entscheidung trifft die SPD-Fraktion 1984 mit Günter Klein als



Günter Klein

Fraktionsvorsitzendem. Seit dieser Zeit vertritt er im Gemeindeveld mit Fachwissen und unbestritten als bester Debattenredner die Ziele der SPD-Ortspolitik.

In einer Gedenkveranstaltung am 15. März 1986 feiert der SPD-Ortsverein „40 Jahre Wiedergründung SPD Mutterstadt“. In dieser Veranstaltung, in der viele langjährige Genossinnen und Genossen geehrt werden, zeigt der stellv. SPD-Ortsvereinsvorsitzende Volker Schläfer in seiner Festrede die wichtigsten Daten, Personen und Leistungen des Ortsvereins in diesen 40 Jahren auf und der damalige SPD-Landtagsabgeordnete und SPD-Kreisver-



v.l.: Manfred Reimann, MdB, August Kropp, Johannes Krick, Rainer Rüd, heute Reg. Präsident.

bandsvorsitzende Dr. Karl-Heinz Weyrich referiert über das Thema „Rheinland-Pfalz vor der Landtagswahl 1987“.

Am 9. November 1989 geschah es was, was wir seit Jahrzehnten gehofft, aber uns nicht so richtig vorstellen konnten. Die Mauer fiel, West und Ost deutsche lagen sich jubelnd und weinend in den Armen und knapp ein Jahr später, am 3. Oktober 1990 kam es auch zur staatlichen Wiedervereinigung Deutschlands. Die Einheit und Freiheit für die ehemaligen DDR-Bürger war ohne Gewalt möglich geworden und Willy Brandt formulierte dieses historische Ereignis mit seinem berühmt

gewordenen Satz: „Es wächst zusammen, was zusammen gehört.“

Eine Mutterstädter SPD-Delegation besucht 1991 die Verwaltungsgemeinschaft Dieskau im Saalkreis (Sachsen-Anhalt), mit der die Gemeinde Mutterstadt nach der „Wende“ freundschaftliche Beziehungen aufgenommen hat und beim Aufbau Ost Verwaltungshilfe leistet.

Als 1992 wieder die Wahl eines Bürgermeisters anstand, schlug die SPD, eingedenk der Argumente von 1973, mit Volker Schläfer einen Kandidaten vor, der durch seine langjährige Tätigkeit als geschäftsführender Beamter der Gemeindeverwaltung die besten Voraussetzungen für dieses Amt

mitbrachte. Der politische Gegner sah hier, wie bereits 1973, die Möglichkeit, einen Fuß in das Rathaus zu bekommen, ohne durch Gemeinderatswahlen von den Bürgern durch ein Mandat legitimiert worden zu sein. Ewald ledig wurde mit einer Stimme Mehrheit gewählt.

Nach Jahren, in der die Aktivitäten des Ortsvereins fast ausschließlich der Kommunalpolitik dienen, sind in letzter Zeit wieder erfolgreiche Anstrengungen unternommen worden, mit Ehrungsabenden, Mitgliederrundbriefen, Waldfesthellertreffen, Weihnachts- und Jahresabschlussfeiern, Wahlpartys, Tages- und Mehrtagesausflügen, Tanzveranstaltungen, Radwandertouren, Teilnahme an Fastnachtsveranstaltungen, Kinderspielfesten, Spendenaktionen, Stammtisch- und Bürgergesprächen, mit öffentlichen Fraktionssitzungen und Ortsbegehungen und mit dem politischen Informationsblatt „Schlagzeile“, den Mitgliedern, Sympathisanten und den Bürgern auch in anderen Formen Politik und Ortsvereinsarbeit näher zu bringen.





Ab der Gemeinderatswahl 1984 arbeiten für die SPD-Fraktion in allen Fachausschüssen interessierte, sachkundige Bürger mit. 1994 werden mit Bernd Mundschau und Günter Kuhn erstmals zwei parteiunabhängige Bürger auf der Liste der SPD in den Gemeinderat gewählt.

Derzeit vollzieht sich nun in der Partei und in der Fraktion ein erneuter per-



## Schlagzeile

Politisches Informationsblatt 11. Jahrgang, 1994

soneller Wechsel. Mitglieder, die teilweise bereits seit Jahrzehnten in der Verantwortung stehen; so Günter Klein, Harry Ledig, Volker Schläfer, Rudi Schmid und Reinhold Wessa, treten etwas kürzer, geben ihre offiziellen Am-

ter ab, stehen aber weiterhin mit Rat und Tat zur Verfügung. Neue, jüngere Kräfte, so Friedrich Schäfer, Hans-Dieter Schneider, Hannelore Klamm und Inge Schäfer übernehmen die Verantwortung im Ortsverein und in der Fraktion.

Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen erfordern immer wieder den unermüdlichen Einsatz vieler Helferinnen und Helfer; für die Wahlplakate, für die Verteilung der Wahlbrüschüren und Zeitungen, für die Info-Stände, für die Wahllokale. Alle zittern dann am Wahlabend mit, ob sich der Einsatz gelohnt hat, ob die Kandidatin oder der Kandidat gewonnen hat, ob der Wahlkampf und die Sach- und Personalargumente bei den Bürgern angekommen sind. Hier sei einmal besonders diesen unermüdlichen Genossinnen und Genossen gedankt, die sich dafür immer wieder un-



Parteiunabhängige Bürger auf der Liste der SPD: v.l.n.r. Lisa Schnebel, Günter Kuhn, Bernd Mundschau, Fritz Wessa, Deborah Peter

entgeltlich zur Verfügung stellen und ohne die ein lebendiger Ortsverein nicht existieren könnte. Erfolgserlebnisse werden da natürlich auch gefeiert, z. B. die Erfolge in der Ära Belzner, die „Willy-Brandt-Wahl“ 1972, oder die Landtagswahl 1991 mit Rudolf Schar-



Jeannette Rott

ping als erstem SPD-Ministerpräsidenten in Rheinland-Pfalz. Die in Mutterstadt geborene und in Ludwigshafen wohnhafte Jeannette Rott wird Gleichstellungsministerin und damit als erste

**Unsere Kandidatin im Wahlkreis 37:  
Hannelore Klamm**



*Hannelore Klamm in den Landtag,  
Kurt Beck als Ministerpräsident*

Rheinland-Pfalz  
geht nach vorn



Mutterstadterin Mitglied einer Landesregierung.

1994 kommt Hannelore Klamm, stellvert. SPD-Ortsvereinsvorsitzende, als Nachrückerin für Jeannette Rott in den Landtag von Rheinland-Pfalz. Damit ist Mutterstadt, nach Hermann Belzner, wieder mit einer Abgeordneten im Landesparlament vertreten. Noch gut in Erinnerung ist die Landtagswahl im Frühjahr 1996, als unsere Hannelore Klamm für die SPD das Direktmandat im Wahlkreis 37 gewinnt und Kurt Beck wieder zum Ministerpräsidenten gewählt wird.



Für Mutterstadt  
im Kreistag  
Ludwigshafen  
Volker Schläfer  
seit 1984



Für Mutterstadt  
im Kreistag  
Ludwigshafen  
Hans-Dieter  
Schneider  
seit 1996

**Ausblick**

Die SPD hat seit Ende des vergangenen Jahrhunderts, mit Ausnahme der

Zeit zwischen 1933 und 1945, mit Bürgermeistern, Beigeordneten, Fraktions- und Parteivorsitzenden, Rats- und Ausschußmitgliedern, Landtagsabgeordneten und Kreistagsmitgliedern, Verantwortung in Mutterstadt getragen; war und ist stärkste Fraktion, hat somit die Entwicklung Mutterstadts wie keine andere politische Gruppierung entscheidend mitgeprägt.

Die Idee des demokratischen Sozialismus hat fast 140 Jahre unsere Geschichte geprägt, 125 Jahre davon ist auch in Mutterstadt mitgearbeitet worden. Das Ziel war die Er kämpfung der Menschen- und Bürgerrechte für die arbeitenden Klassen, die soziale Grund-sicherung, eine gerechtere Verteilung des Einkommens: das war das Kraftpotential für einen langen Atem unserer Partei. Ist die Krise der SPD auch deshalb jetzt aufgetreten, weil vieles von dem, was wir erreichen wollten, erreicht wurde, und es im Moment wenig zu verteilen gibt?

In ihren Anfängen und über eine weite Strecke ihres Weges waren die SPD-Mitglieder eine Gemeinschaft, sozusagen von Kindes Beinen an kannte man sich, war man zusammen, war es Familientradition, in der sozialistischen Arbeiterjugend, im Arbeitersportverein, in der Gewerkschaft, im Konsumverein, im Arbeitergesangverein zu sein; Solidarität war großgeschrieben. Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit, Brüderlichkeit oder Einigkeit macht stark, das waren die Parolen.

In der heutigen Zeit schwinden diese Bindungen, neue Bevölkerungsschichten kamen in die SPD, alte Bindungen haben sich überholt, die Gesellschaft hat sich verändert. „Stallgeruch“ haben immer weniger. Den Beitragskassierer, der die Mitglieder auch betreute und informierte, gibt es im Zeitalter des Dauerauftrages nicht mehr, ebensowenig wie den typischen Arbeiterverein. Die Gesellschaft insgesamt hat heute andere Wert- und Freizeitvorstellungen. Die stagnierenden Mitgliederzahlen bei der SPD, viele Mitglieder, die wir nur aus der Mitgliederliste kennen, der spärliche Besuch bei vielen Mitgliederversammlungen, all dies ist bedenklich und erfordert neue Überlegungen. Das gilt übrigens für alle Parteien und politischen Gruppierungen.

Die Arbeiterklasse alter Prägung ist Vergangenheit. Demokratie, Bürger- und Menschenrechte sind für alle da, Ausbeutung im früheren Sinne gibt es nicht mehr, Armut, so wie man sie früher kannte, ist ausgeschlossen, das soziale Netz hält davon ab. Was bleibt einer Partei, die diese Ziele auf der Fahne hatte und sie erreicht hat? Die SPD sucht einen neuen Kurs.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands muß ihre Attraktivität und ihre Stimmführerschaft in wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen zurückgewinnen. Unsere Antwort vor Ort lautet: In Mutterstadt haben Tradition und Fortschritt einen guten Namen: SPD.

Der SPD-Ortsverein Mutterstadt  
gedenkt in Ehrfurcht und  
Dankbarkeit seiner verstorbenen  
Mitglieder und Freunde.  
Wir werden ihr Andenken  
immer in Ehren halten.